

»Whistleblower«: Kritik an Gesetzentwurf

Berlin. Erheblichen Verbesserungsbedarf sehen Sachverständige beim geplanten »Whistleblower«-Gesetz der Ampelkoalition. Ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagte am Mittwoch bei einer Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages, die im Entwurf getroffenen Festlegungen dazu, welche Meldungen zu einem Schutz des Hinweisgebers vor Entlassung und anderen Repressalien führen sollen, seien für Beschäftigte »völlig undurchsichtig«. Annegret Falter vom Verein Whistleblower-Netzwerk kritisierte, die Vorschriften seien zu eng gefasst. Hinweisgeber würden erst dann geschützt, »wenn die Hütte brennt«. Ziel des Entwurfs soll sein, dass Menschen, die Missstände in Unternehmen oder Behörden aufdecken, besser vor Kündigung, Mobbing oder anderen Repressalien geschützt sind. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/437008.whistleblower-kritik-an-gesetzentwurf.html>